

Protokoll

über die Konferenzsitzung des Landtages vom 17. November 1939
Beginn vormittags $\frac{1}{2}$ 9 Uhr.

Anwesend alle Abgeordneten mit Ausnahme des Abg. Ferdi Risch,
der aber nachmittags zur Sitzung erscheint.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird genehmigt.

Präsident: Ich muss zuerst mitteilen, dass Biedermann Gustav sein
Gesuch zurückgezogen hat und ebenfalls Paul Real.

Ferner ist die Gemeinde Gamprin mit unserer Art der Einbürgerung
nicht einverstanden. Sie wollen sich die Verwendung der Gelder
nicht vorschreiben lassen. Ich stehe nicht an, den Antrag zu ~~MEMORANDUM~~
stellen, dass die Gemeinde diese Auflage annehmen muss. Wenn der Land-
tag das Recht hat, einer ~~MEMORANDUM~~ Gemeinde eine Einbürgerung
zu verweigern, so hat er auch das Recht, die Verwendung der Gelder
zu bestimmen. Ich würde diesen Fall einer anderen Gemeinde zuhalten.

Schädler Eug.: Ich möchte beantragen, diesen Fall der Gemeinde Eschen
zuzuweisen. Wir haben grosse Aufwendungen für den Kanal, Eschen, Scheid-
graben, Bühlgraben und Stellgraben.

Hasler: Die Gemeinde Gamprin ist sonst schon schwer belastet und wenn
man ihr noch diese Franken wegnimmt, wird sie den Beitrag an den
Scheidgraben erst recht nicht bezahlen können. Man sollte schauen,
mit der Gemeinde Gamprin auf eine Linie zu kommen.

Kindle: Diese Auflagen bei Einbürgerungen haben nur einen Zweck, wenn
die Gelder gesperrt werden. Es soll eine Kontrolle möglich sein.

Präsident: Ich habe auch im Sinn gehabt, diesen Antrag zu stellen.

Dieser Antrag auf Einführung der Sperre für die Einbürgerungsgelder
der Gemeinden für bestimmte Zwecke wird in der Abstimmung mehrheit-
lich angenommen.

Präsident: Bei den Gamprinern ist es eine überspannte Häuslichkeit
und man hat jedesmal mit dieser Gemeinde Schwierigkeiten. Ich würde
ihnen zeigen, dass man nicht gewillt ist, jedesmal Theater zu spie-
len.

Dr. Schädler: bemerkt, dass es unverständlich sei, nein zu sagen, wenn
der Landtag das Geld für so grosse Werke beschaffe. Er unterstütze
den Antrag des Präsidenten auf Zuweisung des Einbürgerungsfalles
an die Gemeinde Eschen. Es gebe dann noch mehr Einbürgerungsmöglich-

keiten und dann könnte die Gemeinde Gamprin wieder berücksichtigt werden.

Präsident glaubt, dass wegen des Eigensinnes einer Gemeinde so grosse Werke nicht zurückgestellt werden können. Die Gemeinde Gamprin würde einfach gezwungen, mitzumachen und die sekundären Fragen würden später abgeklärt.

Der Landtag stimmt dann ab und zwar mit Stimmenmehrheit, dass dieser Einbürgerungsfall der Gemeinde Eschen zugewiesen werde mit der Bestimmung, dass der Betrag für die Abdeckung der Anteilsquote an die Esche und den Scheidgraben verwendet werde.

1. Gesuch des liecht. Viehversicherungsvereines um eine Subvention

Das Gesuch wird dahingehend vorbesprochen, dass eine Subvention von Frs. 5000.- für einmal gegeben werden soll. Die Bekämpfung der Rindertuberkulose soll jedoch unabhängig hiervon studiert und vorbereitet werden.

Fortsetzung nachmittags 2 Uhr.

Abg. Beck fragt an, wie es mit der Besetzung des Arbeitsamtes stehe. Es werden jetzt grosse Arbeiten ausgeschrieben und die Lehrlingsprüfungen wären auch schon lange fällig. Es sollte dringend etwas gehen. Sie könnten nichts machen. Es sei auch behauptet worden, Walser habe unterschlagen etc. und den Gerüchten sollte man Einhalt tun. Er betont, dass der Arbeiterverband mit Walser gut zusammengearbeitet habe.

Reg. Chef erstattet ausführlich Bericht über seine Besprechungen bei den zuständigen Stellen in Bern. Der Direktor des Arbeitsnachweises in Bern habe folgendes bei Walser bemängelt:

1. Walser schicke Arbeiterbin die Schweiz, ohne dass mit den Arbeitsämtern die nötige Abklärung herbeigeführt sei,
2. Er habe oft einen Ton, der die Arbeitsamtsinhaber in der Schweiz verschnupfe,
3. Bemühe Walser sich immer, die liecht. Arbeiter möglichst in der Schweiz. Nachbarschaft unterzubringen, während sie in Bern lieber hätten, wenn sie in die ignere Schweiz gehen würden.
4. Kämen Fälle vor, dass die liecht. Arbeiter sich über alles hinwegsetzen, so z.B. die polizeiliche Meldung, Einholung der Arbeitsbewil-

ligung, Hinterlassung von Steuerschulden und vor allem auch Nichtantritt von Arbeitsplätzen.

Bezüglich der letzteren Punkte könne allerdings Walser nicht verantwortlich gemacht werden, in Bern jedoch würden sie es Walser ankreiden, indem er die Arbeiter nicht genügend informiert und aufgeklärt habe. Sie verlangen daher eine Reorganisation des Arbeitsamtes. Jourbain sage, dass Walser das Vertrauen der Arbeitsämter verloren habe, er selber habe persönlich nichts gegen ihn, aber das gegenseitige Vertrauensverhältnis für eine erfolgreiche Zusammenarbeit sei geschwunden. Unterdessen hätten die schweizerischen Arbeitsämter von der Affaire Walser gehört, sie seien ziemlich erbost und hätten für Walser Partei ergriffen. (Die betr. Zeugnisse und Schreiben verschiedener Arbeitsämter aus der schweiz. Nachbarschaft werden verlesen). Er werde abzuwarten sein, was Bern zu dieser Initiative der Arbeitsämter sage. Immerhin müsse eine Reorganisation beim Arbeitsamte getroffen werden. Der Raum sei zu klein ~~gmmmm~~ und auch sei Walser überarbeitet gewesen. Es könne sein, dass dann oder wann etwas daneben ~~gmmmm~~ gegangen sei und dass Walser nicht immer den wünschbaren akademischen Schliff und Ton angewendet habe. Aber man dürfe dann nicht einen so strengen Masstab anwenden.

Dr. Vogt gibt zu denssen Ausführungen noch weitere Aufklärungen über seine Besprechungen in Bern. Jourbain habe noch erklärt, solange Walser das Arbeitsamt innehabe, könne an eine Reorganisation fremdenpolizeilicher Massnahmen nicht platzgreifen bzw. sei keine Garantie für deren Einhaltung vorhanden. ~~NNNN~~ Nach seiner Auffassung stimme etwas nicht in der Arbeitervermittlung, Es sei allerdings ein ausserordentlich schwieriger Posten und auch die Arbeiterschaft lasse es an der nötigen Disziplin mangeln. Er erwähnt den Fall Gassner in Schaan, wo Walser nicht den richtigen Weg gegangen sei. Walser habe sich wahrscheinlich immer begnügt mit der Zusicherung, dass die Sache in Ordnung komme, aber er hätte müssen zuerst den Aufenthalt regeln.

Beck bemerkt, dass Walser bezgl. der Arbeitsannahme der Arbeiter zu entschuldigen sei. Sie hätten auch im März schon einen Antrag eingebracht auf Zurückstellung der Arbeiter, die die Arbeitsannahme

in der Schweiz verweigern, aber die Regierung und Landtag habe nichts unternommen. Auch die Gemeindefotstandsarbeiten sollten einer Kontrolle bezgl. der Arbeitszuweisungen einer Kontrolle unterworfen werden.

Dr. Vogt glaubt auch, dass eine Reorganisation des Arbeitsamtes eintreten müsse, sonst könne man hinstellen wen man wolle, man werde immer mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Es müsse eine Kartothek geschaffen werden. Eine Person allein werde nicht imstande sein, diese Arbeit zu bewältigen. Weiter müsse auch der inländische Arbeitsmarkt einer genaueren Kontrolle unterworfen werden. Auch Industriebetriebe müssten in dieser Hinsicht erfasst werden.

Beck rügt, dass beim Denkmal für Rheinberger seinerzeit an Samstag-Nachmittagen gearbeitet worden sei.

Präsident klärt auf, dass dies keine landschäftliche Arbeit war, sondern die Sache sei vergeben gewesen.

Beck rügt, dass die Maurerlehrlinge heuer am Steg immer hätten schaffen können vom Frühjahr bis in den Herbst hinein. Letztes Jahr habe man diese gewagt nach dem Kurse. Er beschuldigt das Bauamt und Präs. Frommelt hiefür.

Präsident bemerkt, dass diesen Gelegenheit geboten worden sei für weitere Ausbildung, jedoch nicht in diesem Ausmasse.

Risch glaubt bezgl. des Fall Walser's, in den Schmutz gezogen sei einer schnell und ein oder zwei seien bald wieder angestellt. Aber das, was die Herren Arbeiterbertreter gesagt und was die Schreiben der schweizerischen Arbeitsämter ausaagen, decke sich nicht mit dem Bericht von Bern.

Beck glaubt, dass bei einer Neubesetzung des Arbeitsamtes das Auswärtige von der Regierung übernommen werden müsste.

Hasler empfiehlt ein nochmaliges Verhandeln mit Bern.

Im Uebrigen glaubt der Landtag, die weitere Entwicklung in Bern abwarten zu sollen.

Beck erkundigt sich über den Stand der Bergbauernhilfe und regt die Inangriffnahme des Tunnels an, da die Arbeitslosigkeit am Berg gross sei.

Dr. Vogt gibt Aufklärung bezgl. der Bergbauernhilfe, wonach die Sache in Triesenberg hänge. Sie sollten die Umrechnung und die Listen bringen, damit der Betrag zur Auszahlung gelangen könne.

Beck glaubt, dass die grossen Bauern enttäuscht seien und wenn man ihnen helfen wolle, soll man das Tunnel machen.

Reg. Chef betont, dass die Tunnelfrage eine Frage finanzieller Natur sei. Er gibt Aufschluss über den Stand der Landesfinanzen. Theoretisch hätten man Geld bei der Sparkasse, ob aber diese dasselbe flüssig machen könne, sei wesentlich.

Dr. Schädler glaubt, dass der Richtstollen in ein paar Bauperioden durchgeführt werden könnte, indem das Lawenawerk, die Gemeinden und das Land ihre Beiträge leisten würden. So könnte die Sache ohne Beeinträchtigung der angefangenen und in Schweben befindlichen grossen Projekte gemacht werden.

Reg. Chef Notwendig erachte er die Fortsetzung des Strassenstückes beim alten Schulhause. Vor dem Tunnel müsste die Zufahrtsstrasse gemacht werden. Den Richtstollen in zwei Jahren zu machen, sei nicht empfehlenswert, da die Installationen viel Geld kosten. Viel Beschäftigung biete das Tunnel nicht. Bei der Inangriffnahme des Tunnels müsste zuerst die Sparkasse gehört werden.

Bühler Eine verbindliche Auskunft könne er nicht geben, Es sei das Beste, wenn der Verwaltungsrat in dieser Hinsicht um seine Stellungnahme angegangen werde. Wenn die Einbürgerungen so weiter gehen, würde man den Tunnelbau aushalten. Die Sparkasse müsse aber auch für Kriegsfolgen vorsorgen.

Dr. Vogt glaubt, dass man im Frühjahr besser urteilen könnte über die Finanzlage.

Risch Was das Lawenawerk betreffe, so wäre eine Stromzufuhr dringend notwendig. Auf der anderen Seite sollte die Wasserrechtsfrage endlich geklärt werden. Ist es auch möglich, dass das Wasser durch den Richtstollen herausgenommen werden kann?

Präsident Eine Leitung dürfte im Richtstollen keine ~~MMM~~ eingelegt werden. Durch einen Graben könnte man das Wasser herauslaufen lassen.

Dr. Schädler glaubt, dass man dennoch bauen sollte, man habe den Kanal auch nicht in einem Jahre gebaut und einmal müsse man anfangen. Eine langsame Bauperiode ermögliche die Finanzierung. Man sollte das Geld

in sichere Werte anlegen. Auch verteuern sich die Anschaffungskosten immer mehr. Wegen des Wasserrechtes sei seinerzeit regierungsseits erklärt worden, dass man sich auf den Standpunkt stelle, dass man es benützen könne. Es sei der Tunnelbau eine vitale Frage des Lawenawerkes.

Dr. Vogt hält die Wasserrechtsfrage für nicht so böse. Es hätten schon bezügliche Besprechungen stattgefunden. Eine Lösung sei möglich. Wenn die Mittel der Sparkasse es erlauben, so könne mit dem Tunnel angefangen werden. Vielleicht ist dem Verwaltungsrat der Sparkasse möglich, bis zur nächsten Sitzung seine Stellungnahme bezgl. der Flüssigmachung der Gelder bekanntzugeben.

Präsident bemerkt, dass er für einen generellen Kostenvoranschlag für die Zufahrtsstrasse bis zur nächsten Sitzung vorgehen werde.

Bühler Ueber dem Tunnel walte ein Unglücksstern. Er sei der Ansicht, dass man klein anfangen und er würde einen Beschluss fassen, der das Budget nicht erschüttere. Die anderen Bausachen am Berg würde er zurückstellen. Für Frs. 70-80,000 würde er anfangen bauen, das mache der Sparkasse nichts.

Präsident: macht den Vorschlag, dem Bauamt einen Kredit von Frs. 50,000 zu geben, womit das Teilstück der Strasse beim alten Schulhaus ~~e~~ ~~man~~ ~~und~~ die notwendigen Arbeiten für die Fortsetzung der Strasse zum Tunneleingang gemacht würden. Damit hätten die Triesenberger die Genugtuung, dass man endlich den Tunnel zu gehe. Wenn man Fr. 20,000 für diesen Weg zum Tunneleingang verwendet, dann haben ~~MM~~ die Triesenberger den Wurf für gewonnen.

Kindle unterstützt den Antrag Bühler's.

Bühler regt die Korrektur der Strasse Schaanwald-Berdern an. Alles werde ~~ad~~ ~~acta~~ gelegt, auch das Postgebäude. Die Dringlichkeit sei gegeben und so stimme er für nichts mehr, wenn diese notwendige Korrektur nicht gemacht werde. Jetzt im Winter müsse gebaut werden.

Matt unterstützt Bühler.

Präsident Aus verkehrstechnischen Gründen möchte er diese Korrektur empfehlen.

Reg. Chef Die Ausführungen Bühler's seien verständlich und man müsse dort im Winter bauen.

Risch stellt den Antrag, dass zu landschäftlichen Arbeiten nur solche zugelassen werden, die vorher 1-2 Jahre in der Landwirtschaft gear-

beitet hatten. Es müsse auch für landwirtschaftliche Arbeitskräfte gesorgt werden.

Reg. Chef schlägt vor, dass für die nächste Sitzung die genauen Budgets für die Arbeiten des kommenden Winters vorgelegt werden und die Sparkasse gehört werde.

Wahl der Geschäftsprüfungskommission:

In dieselbe werden gewählt: Ferdi Risch, Osw. Bühler und Florian Kindle.

Wiedereinbürgerung Graf Greve-Grote.

Der Wiedereinbürgerung stimmt der Landtag zu mit der Massgabe, dass die früher bezahlten Frs. 15,000.- angerechnet werden, die normale Kaution in liechtensteinischen Papieren oder Bargeld geleistet wird und für die Anerkennung des Adelsprädikates die übliche Taxe bezahlt wird. Die Gemeinde Triesen soll die Gelder zur Abdeckung der Strassenbaukosten bei der Landeskasse verwenden. Unter diesen Umständen soll das Einbürgerungsgesuch der Gemeinde zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Dr. Schädler erkundigt sich über den liecht. Sender.

Reg. Chef Die Sache sei nicht zum endgültigen Abschluss und zur Aushändigung der Konzession gekommen. Rechtlich sei nichts zu machen. Es seien allerdings Spekulanten gewesen.

Dr. Vogt bejaht ebenfalls, dass rechtlich nichts zu machen sei.

Schädler Eug. erkundigt sich über den Stand der Verwendung des Armbrustzeichens für liecht. Erzeugnisse.

Dr. Vogt bemerkt, dass es den Anschein habe, dass die schweiz. Verbände ihre Zusicherungen nicht mehr aufrecht halten. Von den Behörden werde es befürwortet.

Schluss der Sitzung 6 Uhr.